

Englische Vermittlung zwischen Italien und Frankreich.

Genf, 26. September. Der englische Außenminister Henderson hatte am Freitagabend kurz vor seiner Abreise nach London eine einstündige Unterredung mit Senator Scialoja, dem Führer der italienischen Abordnung. Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll die Besprechung ausschließlich dem Abbruch der französisch-italienischen Flottenverhandlungen gegolten haben. Von italienischer Seite ist bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen worden, daß die italienische Regierung durchaus bereit sei, die Verhandlungen auf der Grundlage des italienischen Programms, wie es auf der Londoner Flottenkonferenz dargelegt worden ist, wieder aufzunehmen. Italienischerseits bezeichnete man den letzten französischen Vorschlag, der zu dem Abbruch der Verhandlungen führte, als unannehmbar, da Frankreich darin für jede einzelne Schiffsklasse für sich eine größere Tonnagezahl als für Italien beansprucht habe. In unterrichteten Kreisen mißt man dieser Unterredung große Bedeutung bei, da die englische Regierung sich bereits mehrfach bereit erklärt hat, im Falle ernsthafter Schwierigkeiten zwischen Italien und Frankreich zu vermitteln. Man weist hierbei auf die Erklärung hin, die Henderson zu Beginn der Völkerbundsversammlung der internationalen Presse abgegeben hat und in der er ausdrücklich betonte, die englische Regierung sei jederzeit bereit, vermittelnd einzugreifen, falls dies von den beiden Regierungen gewünscht werden sollte.

Korsantys verhaftet — Sejm aufgelöst

Birrwarr in Ostpreußen.

In Rattowitz wurde Freitag früh der bekannte frühere deutsche Reichstagsabgeordnete Korsantys verhaftet. Er gilt als Führer der Christlich-demokratischen Partei und als schärfster Gegner des von Marschall Pilsudski betriebenen Systems und der von ihm ziemlich gewaltsam eingesetzten Beamten. Ein großes Polizeiaufgebot umstellte die von Korsantys bewohnte Villa, durchsuchte sie und nahm den Bewohner mit. Die Regierungskreise hatten schon seit Tagen Stimmung für die Verhaftung Korsantys gemacht. Er wurde angeblich nach dem Festungsgefängnis in Brest am Bug gebracht. Gleichzeitig wurde auf Verfügung aus dem Kabinett des Staatspräsidenten in Warschau der Oberschlesische Sejm, die Provinzialregierung, aufgelöst.



Korsantys,

der Führer der polnischen Oppositionspartei.

Die Staatsanwaltschaft hat den Auftrag erhalten, weitere schlesische Abgeordnete der Christlich-demokratischen und Sozialdemokratischen Partei zu verhaften. Die Polizei ist in Alarmzustand versetzt, weil man angeblich den Ausbruch von Unruhen befürchtet. In der Nacht verübten Stottrupps der Regierungsrichtung deutschfeindliche Exzesse. Mit Pfaltersteinen zertrümmerten sie bei der Rattowitzer Zeitung sämtliche Schaufensterscheiben im Geschäftslotal, sowohl im Partier als auch im ersten Stock, und singen eine Schlägerei mit Passanten an. Die Täter sollen vorher an einer Aufständischenversammlung teilgenommen haben, in der der Beschluß gefaßt worden sein soll, fortan wieder gegen die Deutschen sehr energisch vorzugehen.

Die Volksstimmung.

Die Vorgänge in Rattowitz haben in Ostpreußen allergrößtes Aufsehen erregt. Schließlich ist Korsantys für den polnischen Oberschlesier immer noch der Mann, der das Land an Polen brachte, der lange Jahre vor dem Kriege im Deutschen Reichstag der Führer der polnischen Minderheit war, und man erinnert sich noch daran, wie er nach einem polnischen Wahlsieg vor dem Kriege mit unendlicher Begeisterung auf den Schultern durch die Stadt Rattowitz getragen wurde. Korsantys hatte schon einmal die stellvertretende Ministerpräsidentenschaft in Warschau inne. Seitdem beschränkte er seine Tätigkeit vor allem auf Ostpreußen und das westliche Polen. In dem jetzt aufgelösten schlesischen Sejm war der Korsantys-Votum mit dreizehn Mandaten die stärkste polnische Fraktion. Die Regierungspartei mußte sich bei den diesjährigen Wahlen mit zehn Mandaten begnügen. Die deutsche Minderheit — immer noch die stärkste Gruppe im ostpreussischen Parlament — hatte ihre Mandatsziffer um zwei auf fünfzehn erhöhen können. Der Schlag gegen die Opposition in Polnisch-Ostpreußen trifft also die deutsche Minderheit, die nunmehr wieder einmal die Möglichkeit, innerhalb des polnischen Staates ungehindert zu Worte zu kommen, verloren hat.

Geschäfte der thüringischen Regierung.

Die Antwort an Dr. Birth. — Abbau des Ministerialdirektors Zahn. — Entfernung aller Kommunisten aus dem Staatsdienst.

In den nächsten Tagen wird die thüringische Regierung das Schreiben des Reichsinnenministers Dr. Birth beantworten, in dem dieser Auskunft über die von der Weimarer Regierung veranlassenen Maßnahmen in der Frage der beanstandeten Schulgebäude forderte. Die Landesregierung wird, wie verlautet, darauf hinweisen, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Thüringer Amtsblatt zur Kenntnis gebracht worden und die Angelegenheit damit für Thüringen erledigt sei.

Das Parlament der Städte.

Deutscher Städtetag in Dresden.

25jähriges Jubiläum.

Am 26. September wurde der Deutsche Städtetag in Dresden von seinem Präsidenten Dr. Reuber mit begründeter Ansprache eröffnet. Zahlreiche Vertreter kleiner, mittlerer und großer Städte, Ehrengäste, unter ihnen Mitglieder der Reichspreussischen und der sächsischen Regierung, Vertreter der Parlamente, der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und brennender Verbände waren anwesend. Die Sitzung trägt eine besondere Note, da es sich um die 25. Jubiläumstagung des Städtetages handelt.

Der Deutsche Städtetag erfasst 32 Millionen Menschen. Mit Dankbarkeit begrüßt der Städtetag die befreiten Städte und hofft, daß auch die Städte aus dem deutschen Saarland bald wieder frei zur Mitarbeit bei ihm erscheinen können.

Präsident Dr. Reuber

wies in seiner Ansprache darauf hin, daß der Städtetag ein Selbstverwaltungsrat nicht nur nach Form, sondern auch nach Inhalt ist. Das Schicksal der Gemeinden ist ein allgemeines deutsches Problem geworden. Das Mißverhältnis zwischen materiellem Einfluß des Reichs und formaler Zuständigkeit der Länder äußert seine unangenehme Auswirkung fast bei jedem die Gemeinden berührenden wichtigen Reichsgesetz und ist die Ursache für viele die Gemeinden einengenden Bindungen. Es gilt darauf hinzuwirken, daß bei der Reichsreform die jetzigen Mängel im Reichsaufbau, auch soweit sie die Gemeinden in der untersten Instanz betreffen, beseitigt werden und damit der Gemeinden wie dem Reich und den Ländern eine staatsrechtliche Stellung eingeräumt wird, die sie voll zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben fähig macht. Ziel einschneidender Änderungen hat die soziale Arbeit der Gemeinden erfahren. Die Zusammenfassung der gewaltigen Arbeit in der Hand der Gemeinde wurde durch die Reichsgesetzgebung nicht gewahrt. Die organisatorische Überwindung der schwierigsten Aufgabe der Gegenwart, des Problems der Arbeitslosigkeit, ist durch das Vortreten aus dem engen Zusammenhang mit der gemeindlichen Arbeit wesentlich erschwert. Stärkere Einschränkung der Selbstverwaltung liegt nach wie vor auf dem Gebiete der Finanzen.

Oberbürgermeister Dr. Luppe-Rährberg

sprach über Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt. Allein vom 1. Januar bis 31. August 1930 sei die Zahl der unterrichteten Arbeitslosen von 25 000 auf 25 000 mit über 2 000 Einwohnern von 25 000 auf

445 000 gestiegen und müsse dauernd weitersteigen. Diese Ausgabenerhöhung werde alle Gemeindehaushalte über den Haufen. Die meisten Gemeinden könnten in aller nächster Zeit selbst mit kurzfristigen Krediten ihre Zahlungsfähigkeit nicht mehr aufrechterhalten. Die erste Forderung, die erhoben werden müsse, sei, daß den Gemeinden sofort eine finanzielle Hilfe durch Entlastung von den Wohlfahrtsverbänden zuteil werde. Es gäbe nur den einen Ausweg, die Krisenfürsorge nach Verufen und Zeitdauer unbefristet auszubehalten, solange die Wirtschaftskrise dauere. Das Reich müsse hierfür die Mittel aufbringen.

Minister Dr. Wäntig

Abends kam der preussische Minister des Innern, Professor Dr. Wäntig, zu Wort. Wenn es gilt, sagte er, kommunalinterne Interessen zu verstehen und zu schützen, ist die Organisation des Städtetages, und häufig nur sie allein, imstande, den staatlichen Stellen schnelle und zuverlässige Auskunft darüber zu geben, welches die Auffassung der Gesamtheit der deutschen Städte ist. Die Zusammenarbeit zwischen Städtetag und dem Ministerium war vielleicht nie so notwendig wie gerade jetzt, wo es darum geht, Schwierigkeiten und Probleme zu lösen, die wenn sie ungelöst blieben, den Bestand der kommunalen Selbstverwaltung unmittelbar bedrohen würden. Das Bewußtsein der Eingliederung der örtlichen Selbstverwaltung in den Verband von Staat und Reich, die Erkenntnis der engen Verbundenheit der kommunalen Interessen mit denen der Allgemeinheit und das Verantwortungsgefühl den Pflichten gegenüber, die diese Verbundenheit mit sich bringt, muß über allen stehen.

Der Reichskanzler an den Städtetag.

Reichskanzler Dr. Brüning hat an den Präsidenten des Städtetages ein Schreiben gerichtet, in dem er sich wegen seines Fehlens entschuldigt. Wenn er sich versagen mußte, an den Beratungen teilzunehmen, so sei das nur aus dem Grunde geschehen, weil die bedeutenden Arbeiten des Reichskabinetts noch nicht ganz zu Ende geführt sind. Er bitte allen Teilnehmern seine und der ganzen Reichsregierung herzlichsten Grüße und Wünsche auszusprechen. Das Schreiben schloß: Schließlich darf ich noch meiner ganz besonderen Freude Ausdruck geben, dem Deutschen Städtetag anlässlich seines 25jährigen Bestehens meine und der Reichsregierung herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Mit Dankbarkeit gedenke ich der Reichsregierung der schweren Arbeit, die der Städtetag in der vergangenen Zeit für Volk und Vaterland geleistet hat.

Die Regierung beschloß weiter, Ministerialdirektor Dr. Zahn vom Innenministerium, der Demokrat ist, in den Wartestand zu versetzen. Sein Nachfolger soll erst am 9. Oktober bestimmt werden. Der Abbau dieses Beamten dürste in erster Linie auf eine Spannung zwischen ihm und dem Innenminister Dr. Fritsch zurückzuführen sein, wobei angebliche Nebeneinflüsse Dr. Zahns aus Aufsichtsratsposten eine Rolle gespielt haben sollen.

Von Bedeutung ist noch ein Beschluß, der sich gegen die Kommunisten richtet. Das Kabinett einigte sich darüber, alle Kommunisten aus dem Staatsdienst zu entlassen. Jede Unterstützung der kommunistischen Bestrebungen soll Staatsbeamten künftig verboten werden.

Die Regierungskrise in Wien.

Vaugoin mit der Kabinettsbildung betraut.

Wien, 27. September.

Bundespräsident Miklas hat am Freitagabend Vizekanzler Vaugoin mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Aus unserer Heimat

Wertblatt für den 28. und 29. September.

Sonnenaufgang	5 ^h 5 ^m	Mondaufgang	13 ^h 14 ^m
Sonnenuntergang	17 ^h 17 ^m	Monduntergang	20 ^h 21 ^m

28. September: 1803 Der Maler Ludwig Richter geb.
29. September: 1815 Der Maler Andreas Achenbach geb.

Nachfröste in Sicht.

Die Vermutung, daß das Hochdruckgebiet, das sich über Mitteleuropa ausgebildet hatte, nicht stabil werden würde, bestätigte sich. Das Hoch, das in den ersten Tagen der vergangenen Woche Temperaturen über 20 Grad Celsius gebracht hatte, wich bereits Mitte der Woche nach Osten aus. Die Folge davon war, daß wir wieder in der Bereich westlicher Luftströmungen kamen, die neue Feuchtigkeit zuführten. Es kam wieder zu verbreiteten und teilweise recht ergiebigen Niederschlägen. Gleichzeitig gingen die Temperaturen wesentlich zurück. Es dürften einige Tage vergehen, bis die neuen Störungsgebiete sich verzogen haben. Trotzdem darf man dann mit einer umfassenderen Verühigung der Wetterlage rechnen. Allerdings scheinen dann bei einem gleichzeitigen Kälteeinbruch die ersten Nachfröste bevorzustehen.

Sonntagsrückfahrkarten und Teilmonatskarten.

Die zuvorkommende Reichsbahn.

Nach den beabsichtigten Tarifbestimmungen gelten die Sonntagsrückfahrkarten auf den Reichsbahnstrecken zur Hin- und Rückfahrt bereits am Sonntagabend von 12 Uhr an, zur Rückfahrt jedoch erst am Sonntag und am Montag bis 9 Uhr. Um auch denjenigen, die lediglich am Sonntagabend nachmittags Ausflüge machen wollen, die Ermäßigung in Höhe von 33 1/2 Prozent der regulären Personenfahrpreise zugute kommen zu lassen hat die Reichsbahn die Tarifbestimmungen mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. dahin geändert, daß die Sonntagsrückfahrkarten auch zur Rückfahrt schon am Sonntagabend von 12 Uhr ab benutzt werden dürfen.

Mit Teilmonatskarten, die auf den Reichsbahnstrecken für eine Woche von Sonntag bis einschließlich Sonnabend zu beliebig häufigen Fahrten gelten, dürfen nach den jetzigen Tarifbestimmungen nur Personenzüge benutzt werden, nicht aber Eil- und Schnellzüge. Um den Wünschen der Reisenden entgegenzukommen, die Teilmonatskarten benutzen, hat sich die Reichsbahn entschlossen, vom 1. Oktober ab den Übergang auf Eil- und Schnellzüge gegen Bezahlung des tarifmäßigen Zuschlages zuzulassen. Sie hat sich dabei zwar das Recht vorbehalten, einzelne Züge auszuschließen, doch wird sie davon nur in zwingenden Fällen Gebrauch machen.

Tötet die Fliegen! Wenn es Herbst wird und die Nächte kühl werden, bemerken wir oft, daß die im Sommer so regsam Stubenfliegen matt und matter werden. Von Tag zu Tag werden es weniger. Das ist auf das große Sterben der Stubenfliegen zurückzuführen, das durch eine sehr ansteckende Pilzkrankheit hervorgerufen wird. Häufig sieht man die Fliegen mit ge-

streckten Gliedern an den Fenstern hängen. Der sonst schwarze Hinterleib ist stark angeschwollen und sieht weißgelblich aus. Mikroskopisch kleiner, weißer Schimmel hält das tote Tier an der Wand fest, eben jener Pilz, der uns im Herbst von den Plagegeistern befreit. Ueberlebt jedoch eine Fliege dieses große Sterben, so lebt sie als Winterfliege in den warmen Zimmern weiter. Der Volksmund dichtet der Winterfliege allerlei schöne Dinge an. Wer jedoch verhindern will, daß diese Winterfliege Tausende und Abertausende von Eiern legt, aus denen sich im Frühjahr Anmengen neuer Plagegeister entwickeln, der töte die Winterfliegen. Viele Fliegen vertrieben sich jetzt auch schon, kommen aber bei wärmerem Sonnenschein noch einmal hervor und können leicht beseitigt werden. Zur Zeit kann man an den Fenstercheiben ferner oft zahllose ganz kleine Fliegen beobachten. Auch hier muß es heißen: Fort mit dem Ungeziefer!

Prüfung in der Städtischen Orchesterschule. Unter Aufsicht des Vorsitzenden des deutschen Musikdirektorenverbandes, Musikdirektor Stiller-Leipzig, der schon mehrfach den Prüfungen in dieser Orchesterschule bewohnte, fand gestern nachmittags von 3 Uhr im Musiksaal des Musikdirektor Philipp gehörenden Grundstücks die Prüfung von zwei Schülern statt, die mit diesem Semesterabschluss ihre Lehrzeit beendet haben. Zunächst wurden durch Musikdirektor Philipp selbst die jungen bisherigen Eleven in Harmonielehre geprüft, indem sie besetzte Bass aussetzen mußten. Erfreulicherweise war zu bemerken, daß sie sich mit Interesse der Aufgabe widmeten. Die Kapelle spielte hierauf unter Stabführung von Musikdirektor Philipp Czerubinis Duertüre zu „Anakreon“. Schüler Hans Schickel spielte als Prüfungsfach unter Orchesterbegleitung die F-dur-Romanze von L. v. Beethoven für Violine. Seinem Spiel schloß sich der abgehende Schüler Rudolf Otto mit seinem sehr tüchtig gespielten Klarinettensolo mit Orchesterbegleitung von Chopin an, dem er noch die Ballade und Polonaise von Bizet für Violine und Klavierbegleitung folgen ließ. Die Soloinstrumente wurden recht gut gespielt. Schüler R. Israel ging in der Klavierbegleitung recht anscheinend mit. Am Ende der reichlich zweistündigen Prüfung dankte Musikdirektor Stiller unserem tüchtigen Stadtmusikdirektor für das den Schülern vermittelte Können und forderte Letztere auf, fleißig im Studium ihrer Instrumente fortzufahren, um tüchtige Künstler ihrer Instrumente zu werden.

Marktkonzert der Städtischen Orchesterschule Sonntag den 28. September vorm. 11—12 Uhr. Musikfolge: 1. Bilz-Marsch von Frenkel. 2. Duertüre 3. Festspiel „Hermann Contractus“ von Bohne. 3. „Der Lindenbaum“, Lied aus der Winterreise von Franz Schubert. 4. „Erinnerung an schöne Stunden“, Balzer von Höttinger. 5. Fantasia über A. Handns 8. Sonate von Bräunlich. 6. Parade-marsch des Feldartillerie-Regiments von Baum.

Der Gustav-Adolf-Zweigverein Wilsdruff und Umgebung feiert morgen in unserer Gemeinde sein Jahresfest. Am Festgottesdienste nachm. 1/3 Uhr predigt der Dresdener Stadtsuperintendent Fiedler, der Sohn des früheren Wilsdruffer Pfarrers. In der anschließenden Versammlung im „Adler“ spricht Kirchenrat Ziegenped aus Karlsruhe. Alle Gustav-Adolf-Freunde werden nochmals darauf aufmerksam gemacht.

Kirchenrat Dr. Ziegenped-Karlsbad amtiert morgen in Wilsdruff. Es sei darauf hingewiesen, daß der Redner der Nachversammlung des Gustav-Adolf-Fest-Kirchenrat Dr. Ziegenped bereits am Vormittag in Wilsdruff amtiert wird. Der Jugendgottesdienst um 9 Uhr und der Festgottesdienst um 11 Uhr erhalten dadurch ein besonderes Interesse, daß das Werk des Gustav-Adolf-Vereins aus berufenem Munde den Jugendlichen nahegebracht wird.

Kirchlicher Sonntagsdienst (nur dringende Fälle) Sonntag, den 28. September: Dr. Bretschneider-Wilsdruff und Dr. Gehe-Wilsdruff.

Fördert den Abfah des heimischen Erzeugers! Vom Landbund wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung geschrieben: Unse heimische Landwirtschaft steht mitten in der Kartoffelernte und es erscheint deshalb verständlich, wenn sie noch vor Wintersonfang bemüht ist, den Abfah zu fördern. Wir Alle stehen aber vor einem harten Winter! In der Erkenntnis dieser Tatsache haben schon mehrfach Belegstellen, fisch unterstützt von den Werleitungen, Vorfrage getroffen, sich rechtzeitig mit Kartoffeln einzubeden. Unser Wunsch geht naturgemäß dahin, den Abfah des heimischen Erzeugers zu fördern und wir können dies mit bestem Gewissen tun, weil auch die Kartoffel des Reichs-